

*Le Délégué suisse chargé de négocier un traité avec le Zollverein, J. Heer,
au Conseil fédéral*

R N° 8

Stuttgart, 20. März 1865

[...]¹

In Betreff der *Alpenbahn*² erklärte Bayern, sein Interesse weise mehr auf den Brenner als auf einen schweizerischen Alpen-Übergang; zudem habe es eine Eisenbahnschuld von mehr als fl. 100 Millionen. Der Abgeordnete sei in Sachen nicht instruiert, müsse aber sehr bezweifeln, dass seine Regierung im Falle sei, irgend welche Geldhülfe in Aussicht zu stellen. Der württembergische Bevollmächtigte constatirte, dass man in seinem Lande den Gegenstand mit grossem Interesse verfolge, dass er aber speziell angewiesen sei, zu erklären, dass man die Sache zur Stunde — namentlich wo der Übergangspunkt noch ganz unsicher sei — die Sache noch viel zu wenig reif finde, um *sich in irgend einer Weise* (also auch durch eine *Ablehnung*, ausdrücklich beigefügt) für die Zukunft die Hände zu binden. Für Württemberg und seine Staatsbahn sei die Frage: ob Gotthard, ob Lukmanier? von grosser und entscheidender Wichtigkeit während allerdings für die rückwärts liegenden Staaten diese Frage zurüktrete gegenüber dem allgemeinen Interesse, überhaupt eine Schienenverbindung mit Italien über die Alpen und durch ein neutrales Land hergestellt zu sehen. Baden endlich anerkennt in einer schweizerischen Alpen-Eisenbahn ein eminentes Interesse des Zollvereins als Ganzes und hätte sich, Namens desselben, ganz wohl zu einem Passus im Sinne

1. *Passage relatif aux négociations du traité de commerce et d'établissement.*

2. *Dans sa lettre du 1^{er} mars 1865 accompagnant les instructions pour la négociation d'un traité de commerce, le Conseil fédéral avait écrit à ses délégués: Die Alpenbahnfrage glaubten wir in der Instruktion nicht ausdrücklich hervorheben zu sollen. Dagegen laden wir Sie ein, die Sache mit den deutschen Abgeordneten zu besprechen und über das Resultat dieser Verhandlungen uns Bericht zu erstatten. (Non reproduites).*

1048

28 MARS 1865

des schweizerischen Postulats verstehen können. Nach den Äusserungen von Bayern und Württemberg wünscht der badische Abgeordnete wenigstens, dass sämtliche Zollvereinsregierungen veranlasst werden, sich über die Sache auszusprechen. Der präsidirende Abgeordnete von Württemberg erklärt, dass diesem Wunsche nichts im Wege stehe. Hiemit wurde der Gegenstand verlassen und unserer Seits die gefallenen Äusserungen ad referendum genommen [...].³

3. *Cf. note 1.*